

Einzelkriegs 90 Mark.

Im Leder ohne Aufstellung monatlich 2000 Mark, mit Aufstellung ins Haus wöchentlich 600 Mark und monatlich 2400 Mark, durch die Post bezogen monatlich in Polen 2400 Mark.

Anzeigenpreise:

Die 7-seitige Sonntagsausgabe kostet 100 Mark. Heftlamente die 4-seitige Monatsausgabe kostet 600 Mark. Einzelblatt in isolaten Teile 750 Mark für die Korrespondenz; für das Ausland 50% Aufschlag; für die erste Seite werden keine Anzeigen angenommen — Generale werden nur nach vorheriger Verabredung bezahlt. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Lodz

Freie Presse

Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Nr. 248

Samstag, den 21. Oktober 1922

5. Jahrgang.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Im „Berl. Tagbl.“ schreibt Wilm Stein, der Warschauer Vertreter dieses Blattes, über die Geschäftspunkte, unter denen man bei uns in Polen die gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden beurteilt. Wenn diese Ausführungen auch nicht in allen Stücken zutreffen, so bieten sie im allgemeinen doch ein ziemlich getreues Spiegelbild der Stimmung, wie sie bei uns gegenüber dieser Frage herrscht und wie sie selbst durch den Mund amtlicher Persönlichkeiten und durch die Presse wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist.

Es heißt da:

Geben, der es hören will, wird seit drei Jahren, von allen amtlichen und sonstigen führenden Männern Polens versichert, daß Deutschland und Polen wirtschaftlich aufeinander angewiesen seien. Wer einem Deutschen hier etwas Befremdliches sagen will, betont, höchstens Deutschland nicht leben könne, daß man sich aber mit ihm dringlichst „verständigen“ wolle — natürlich, bitte sehr, nur auf wirtschaftlichem Gebiete. Wer noch liebenswürdiger ist, fügt die Hoffnung hinzu, daß ja eine wirtschaftliche Verständigung vielleicht wohl auch zu einer Erweiterung der politischen Gegenseite später eimal führen könne. Einigkeit von seiten Versicherungen nur das Beste, daß Polen an vertraglich vereinbarten wirtschaftlichen Beziehungen mit Deutschland sehr gelegen ist, so sollte man meinen, daß die Dresdener Verhandlungen mit Besiedelung in Warschau begrüßt werden. Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen der letzten Jahre hat man sich dort jetzt ernsthaft an den Verhandlungsstoff gesetzt. Ein umfangreiches Vertragsgewerk steht am Ziel: statt der zahlreichen provisorischen Abkommen die endgültige Regelung des Korridors, Grenz-, Pöls- und Eisenbahnenvertrags, Vereinbarungen über die Durchführung der aus dem Versailler Traktat und der Abtretung preußischen Geländes an Polen folgenden Probleme, besonders der Options- und Liquidationsfragen; endlich der Transit- und der allgemeine Handelsvertrag. In letzterem steht man in Warschau das Kernstück der Verhandlungen. Darin hat sich seit den früheren fruchtbaren Zusammensetzungen nichts geändert, daß die polnische Seite die Vorteile des Wirtschaftsabkommen erstrebt, ohne daß in den Deutschland auch sehr stark interessieren, mehr politischen Fragen transpolnische Konstellationen machen zu wollen. Die Taktik in Dresden, statt auf einen allgemeinen umfassenden Vertrag auf eine Reihe von Spezialabkommen hinzuarbeiten, zeigt den Wunsch, das in Warschau gefasste „junctum“ zwischen politischen und wirtschaftlichen Fragen ängstlich zu vermeiden.

Man will einen Handelsvertrag, nicht weiter. Und selbst da sagt das Wörterchen „man“ noch zu viel: den Handelsvertrag will einerseits die Regierung, andererseits ein Teil der real und nüchtern denkenden Handelswelt. Die Regierung erhofft von einer vertraglichen Regelung des jetzigen illegitimen Handels die Erfassung von Einfuhr- und Ausfuhrzöllen; die Regierung sieht außerdem allmählich ein, daß das schwachvalutare Polen einen großen Teil seines Bedarfs an Eisenbahnmaterial, Maschinen und anderem erheblich billiger in Deutschland decken könnte, als im hochvaluativen Amerika. Und die nüchtern Denkenden in Industrie und Handel haben ähnliche Gefühle bei ihren Einschäften an Maschinen, Werkzeugen, Kunstdünger und tausend Qualitätswaren. Beide genannten Faktoren gehen dabei von der Kenntnis der Wirklichkeit aus; denn diese Wirklichkeit hat bes., was man allgemein als den „notwendigen wirtschaftlichen Austausch“ zwischen Polen und Deutschland bezeichnet, ohne Staatsvertrag geregelt. Schon vor der schönen Geste zur Schaffung einer günstigeren Verband unzustimmphäre“, das heißt vor der grundsätzlichen Zusicherung freien deutschen Transites nach Russland und der Ukraine als Äquivalent für die Aufhebung der deutschen Ausfuhrbeschränkungen nach Polen (in den Warschauer Verhandlungen im Juli) kann tat ätzlich fünf Schritte der polnischen Einfuhr aus Deutschland: umfangreicher Schmuggel, fiktiven polnischen Werten auf Wilna oder Iwanischew oder rumänischem Gebiete ermöglichen das. Und umgekehrt konnte auch Deutschland bekommen, was es brauchte, sofern es die Transportmittel zur Verfügung stelle: denn was soll Polen mit seinem Karosseleichtum beginnen, da die polnische Eisenbahn ihn nicht zu transportieren vermag? Für einen recht erheblichen Teil des durch

einen Handelsvertrag möglichen Austauschvertrags liegen die Dinge also so, daß die vertragliche Regelung die Ware billiger macht (durch Fortfall der Schmuggelstrafzölle oder der Umwege) und für die Staatskasse ertragreicher (durch Zölle). Neben dem Streben nach einer Siegerstellung des deutschen Wertesbezuges, der naturnotwendig vorhanden ist, erklärt das den lebhaften Vertragswunsch der real denkenden Interessen und der Regierung.

Nur leider: neber die Regierung, noch die hier gemeinsamen Wirtschaftskreise vermögen mit ihrem „Vertragswillen“ Ansichten dafür zu geben, daß man in Dresden zu einem auch die deutsche Seite befriedigenden Ergebnis gelangt. Die Regierung, gefädget durch die Novemberwahl, ist durch Rücksichten auf die Deutschtum, auf die Stimmung der Große, gehen mit, deutscher Gegenforderung es sich genügend anzupassen, nun nur, wenn es um die notwendigen Verhandlungspunkte politischen Charakters geht. Die nüchternen Wirtschaftler aber sind sehr dünn gesät und sowohl deswegen wie ihrer meist jüdischen Provenienz wegen von völkeren Einflusslosigkeit auf das politische und wirtschaftspolitische Geschehen. Davor, daß man in Polen, dessen Note in allererster Linie wirtschaftlicher Natur sind, wirtschaftlichen Notwendigkeiten den Vorzug vor politischer Beidensichtlichkeit einräumt, ist man eben noch sehr weit entfernt. Wie reagiert die öffentliche — und letztweg nur die einflusslose — Meinung auf die deutsch-polnischen Verhandlungen? Die wirtschaftliche Presse und die Wirtschaftsmänner der Zeitungen halten sich zunächst in Schweigen — die Unpopulärität des Themas gebietet das; einzelne Ze-

büroverbände erlassen Aufrufe zum Boykott der gefärdeten deutschen Konkurrenzwaren; der amtliche Sachverständige beirat beim Handelsministerium verneint in einer seiterlichen Resolution das Bedürfnis nach einem deutsch-polnischen Handelsvertrag. Das Wort dazu nimmt nur der Politiker. Er nimmt es unter dem Eindruck, daß den Krautosen jegliche, auch eine nur wirtschaftliche Annäherung Polens an Deutschland unbehaglich ist. Er schreibt z. B. über ein amtliches Communiqué von den Dresdener Verhandlungen: „Sie können uns nicht leiden, aber wir Brod wollen sie essen.“ Oder er verkündet von der Regierung, „daß sie nicht durch polnische Kartoffeln die Orgascheite vor dem Hunger retten solle.“ Oder aber er fordert, daß keinesfalls Papierholz nach Deutschland gelassen werden dürfe, um den Ruin der deutschen Presse nicht aufzuhalten. Dieser Ton überklägt alle verständigen Stimmen; seine Träger sind große politische Organe. Das polnische Parlament aber erlaßt, als man in Dresden gute Verhandlungen in der Frage der Liquidation deutschen Eigentums vorschlägt, ein Gesetz, das diese Liquidation schützt und befreunten soll.

Was sich daraus ergibt, ist die herrschende und maßgebliche polnische Stimmung gegenüber den Dresdener Verhandlungen. Wenn nicht die Wahlen es der Regierung ermöglichen, wirtschaftliche Geschäftspunkte gegen den politischen Hass durchzusetzen, und wenn das gleiche nicht etlichen politischen Parteien gelingt, so werden die etwaigen Dresdener Einigungsabkommen einige technische Fragen regeln, aber nicht zu einer Erfahrung des polnischen Wirtschaftslebens führen — um nur von hier aus zu sprechen.

Die Londoner Regierungskrise.

London, 20. Oktober. (Pat.) Die Übernahme der Kabinettbildung durch Bonar Law ist insofern an Bedingungen geknüpft, als er erst zum Führer der Partei der Konservativen gewählt werden muß, um eine Regierung bilden zu können. Eine Versammlung dieser Partei wird wahrscheinlich am Montag stattfinden. Bis dahin soll keine endgültige Entscheidung bezüglich der Kabinettbildung getroffen werden. In gewissen politischen Kreisen erhält sich die Meinung, daß infolge der gestern stattgefundenen Besprechung der Konservativen Chamberlain, Balfour und Birkenhead mit Bonar Law im neuen Kabinett zusammenarbeiten werden.

London, 20. Oktober. (Pat.) Reuter erfährt aus zuständiger Quelle, daß Bonar Law dem Könige erklärt habe, er könne die Verantwortung noch nicht übernehmen, ein Kabinett zu bilden, ohne zu wissen, ob die Unionisten beider Kammern den Grundsätzen seiner Politik bestimmen werden. Bonar Law fügte hinzu, daß zu diesem Zwecke am Sonntag oder Montag eine Vollversammlung dieser Partei stattfinden werde.

London, 20. Oktober. (Pat.) Daily Mail gibt der Überzeugung Ausdruck, daß der Kabinettswechsel keine Aenderung in der Außenpolitik Englands noch sich ziehen werde. Was das Verhältnis zu Irland betrifft, so nimmt das Blatt an, daß der leute englisch-irische Vertrag in seinem vollen Umfang aufrecht erhalten bleiben wird.

Wien, 20. Oktober. (A. W.) Die hiesigen Blätter stellen fest, daß die Demission des englischen Kabinetts auf alle Fälle weittragende Folgen in der auswärtigen Politik zeitigen werde. Man müsse damit rechnen, daß künftig zwischen Frankreich und England herzliche Beziehungen als bisher herrschen und die bisherigen Reibungen aufhören werden. Die Zeitungen bezeichnen den Rücktritt Lloyd Georges als großen Sieg der Politik Poincarés.

Berlin, 20. Oktober. (Pat.) Die hiesigen Morgenblätter halten den Sieg Lloyd Georges als sehr gefährlich für Deutschland, da er zur Zeit erfolgte, als in der Reparationskommission

sowie in der nächsten Sitzung des Obersten Rates über das von Deutschland entschieden werden soll.

Der Eindruck in Frankreich.

Paris, 20. Okt. (Pat.) Die gesamte heutige Morgenpresse berichtet eingehend den Rücktritt der Regierung Lloyd Georges, wobei sie den Wunsch äußert, daß dieser Umstand der bisherigen zweideutigen Lage ein Ziel sehen möchte. Die Blätter drücken die Erwartung aus, daß die französisch-englischen Beziehungen dadurch nur gezwungen werden, wie dies denn auch auf das Verhältnis der Verbündeten zueinander günstig einwirken werde. „Action Francaise“ äußert die Überzeugung, daß der Nachfolger Lloyd Georges wenn nicht besser als dieser, so doch mindestens ebenso gut sein werde. „Victoire“ schreibt: Lloyd George ist gefürchtet. Vielleicht wird es jetzt möglich sein, die Arbeiten zum Wiederaufbau und zur Befestigung Europas aufzunehmen. „Echo National“ meint: Die Mode des Tages wird nun ohne Zweifel die Rede sein, daß der Fall Lloyd Georges ein Seg Frankreichs sei. Dennoch enthalten sich vernünftige Leute solcher Neuerungen, bis die Zeit diese Aussicht nicht bestätigt haben wird. „Petit Parisien“ schreibt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein englisches Kabinett keinen Vorteil davon haben wird, wenn es sich von Frankreich entfernt.

Ein Vertrauensvotum für die Regierung Poincarés.

Paris, 20. Oktober. (Pat.) In der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer stellte die Regierung gelegentlich der Aufführung der Tagesordnung für die Dienstausschüsse die Vertrauensfrage, indem sie zugleich verlangte, daß der Punkt, der eine Diskussion über das Budget vorstellt, auf der Tagesordnung verbleiben soll. Der Antrag wurde gemäß dem Wunsche des Kabinetts mit 390 gegen 148 Stimmen angenommen.

Paris, 20. Oktober. (Pat.) In zahlreichen Kreisen wird versichert, daß Poincaré in der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer die Frage der Außenpolitik nicht berühren werde, da er die Absicht hat mit einer diesbezüglichen Erklärung bis zur Bildung eines neuen englischen Kabinetts zu warten.

Ergebnis mit Ausnahme der von Sonnabend folgenden Tage: täglich trüb. Schriftleitung und Geschäftsstelle Petrikauer Straße 86, Tel. 6-86.

Bei Beribektorung durch höhere Gewalt Arbeitseinsatz oder Ausverzung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Beitrags.

Eigene Vertretungen in: Aleksandrow, Bielsk, Czestochowa, Kališ, Koło, Konstantynow, Kowno, Lublin, Lublin, Nowy Sącz, Radom, Sandomierz, Tarnow, Turek, Włocławek, Zduńska-Wola, Zgierz usw.

Wir und die anderen.

Der Wahlkampf, den wir Deutschen Polens gegenwärtig aufgenommen haben, ist ungleich verschieden von dem der polnischen Parteien, die gegen uns ins Feld ziehen.

Unseren Gegnern stehen Milliarden zur Verfügung; sie können heute die Summen auf die Waagschale werfen, die ihre Parteigenossen freiwillig steuern. Die Freigebigkeit dieser Leute ist begreiflich, ist ihre Bölung doch: Deutscher! Und Herrscher heißt auch Verdienen. Sie juchen durch den Sejm und Senat weiterhin die Möglichkeit, ihre Reichstümer weiter zu vergrößern, ohne Rücksicht darauf, daß das Land und die nationaldemokratische Bevölkerung verarmen und zugrunde gehen kann. Bis jetzt dachten die Herren Nationaldemokraten ungestört herrschen und es würde leicht von ihnen in den Kram passen, in die Volksvertretung Leute hinzuzubringen, die im Interesse des Staates und der gesamten Bevölkerung tätig sein würden.

Unser Programm sieht anders aus. Wir wollen aufbauen. Wir sind es satt, unsere Arbeit für diese Herren zu tun. Wir wissen es ganz genau — hatten wir doch reichlich Gelegenheit, uns während der vergangenen drei Jahre davon zu überzeugen — daß das Wenigste, was diese Herren vermöge ihrer — wenn auch knappen — Stimmenmehrheit im Sejm beschlossen haben, dem Staatsanzen zum Vorteil gereichte.

Es ist für uns klar, daß eine Finanzwirtschaft nicht fortdauern kann, die im Verlaufe von kaum neuen Monaten eine Umsatzbilanz von 552 Milliarden verursacht hat. Ist es nicht niederschmetternd, daß allein die Ausgaben für die Beamten des Staates die Einnahmen bei weitem überschreiten? Für uns ist es klar, daß der Unterhalt des Friedensheeres nicht nur nicht mehr kosten darf, als die gesamten Staatsaufnahmen ausmachen, sondern höchstens ein Drittel dieser Einnahmen beanspruchen kann.

Das wichtigste jedoch, wofür wir den Kampf aufnehmen müssen, ist die Gleichberechtigung. Die Verfassung hat sie uns zwar verbrieft, doch hat die Praxis gelehrt, daß die ausführenden Organe nur diesenjenigen Bürger zu schützen verstehen und anerkennen, die volkische Rahmen tragen und die „Staatszielglorie“ — wie sie Pater Ursolanus fordert! — bezeichnen. Hier Wandel zu schaffen, wird nur dann möglich sein, wenn unsere in zwei Wochen zu wählende Volksvertretung im Sejm eine neue Konstellation der Kräfte herstellen wird.

Unser Ziel ist ehrlich und liegt im Interesse des Staates. Daher bleiben uns auch die Kämpfe in eigenen Wahlversammlungen erspart, die die polnischen Parteien zu bestehen haben und die sie gewinnen. Die Gerechtigkeit unserer Sache muß schließlich auch denjenigen Deutschen offenbar werden, die nur zu gern Polen werden möchten, sowie auch denjenigen, die alles Heil aus dem Osten kommen sehen. Wir wollen nichts als unser Recht, und das liegt auch im Interesse des Staates und bedeutet sein Wohl.

In diesem Zeichen steht unsere Wahlarbeit. Und wenn wir auch keine Milliarden zur Verfügung haben, so sind wir dennoch gut in Mitleid. Wir brauchen uns unsere Volksgerissen nicht zu kaufen. Sie alle wissen, daß sie durch ihre Stimmen nicht dem oder jenem einen Gefallen tun, sondern für sich und ihre Nachkommen das gute Recht und die Gleichberechtigung als Mensch und Staatsbürger einzufordern werden.

Wir haben es nicht nötig, unseren Wählern Versprechungen zu machen. Die Leute, die allezeit das Wort „Vaterland“ auf den Lippen haben, dabei aber an Brexit denken, haben uns durch ihre verbale Tätigkeit selbst den Weg gewiesen, den wir gehen müssen. Und dieser Weg wird uns zum Siege führen.

A. Rul.

Marschall Foch über die Ostfragen.

Pulaski, 20. Oktober. (Pat.) Über den Konflikt im Norden Osteuropas fragt, erläuterte Marschall Foch, er habe den Eindruck, daß diese Frage sich gegenwärtig am Vorrang ihrer endgültigen Lösung befindet. Marschall Foch ist der Ansicht, daß die einzige erfolgreiche Lösung der Ostfrage in der Rückgabe Konstantinopels an die Türkei besteht, und zwar unter dem Vorbehalt, daß die Verbündeten die Freiheit der Meerenge überwachen werden. Rumänien müsste, da es am Schwarzen

Am 5. November stimmt in ganz Polen für die Liste 16!

Meere lieg', das Recht vollständig freier Durchfahrt durch die Meerengen genießen. Auf die Frage, ob die Türke nicht nur eine Schirmwand für die Männer der Sowjetrepublik abgebe, antwortete der Marschall, daß die Kontrolle der Meerengen durch die Verbündeten eine genügende Garantie nach dieser Richtung hin bieten werde. Schließlich scheine eine Offensive der Sowjetrepublik unwahrscheinlich zu sein, da die Sowjetarmee zu einer solchen Aktion unsfähig sei.

Paris, 20. Oktober. (Pat.) Poincaré erhielt von Lord Curzon ein Schreiben, in dem dieser den Vorschlag macht, die Friedenskonferenz in der Nähe am 18. November in Paris anzuhalten. Frankreich erklärt sich grundsätzlich mit diesem Orte einverstanden, wird aber für den Fall, daß die Türke hiergegen Einspruch erheben sollte, fordern, daß die Konferenz in Lügano stattfinde.

London, 20. Oktober. (Pat.) Nach den neuesten Meldungen aus Konstantinopel geht die Räumung Thrakiens ohne irgendwelche Zwischenfälle vor sich, und nimmt einen zufriedenstellenden Verlauf.

Vom oberschlesischen Sejm.

Kattowitz, 20. Oktober. (T. U.) Unmittelbar vor Beginn der Mittwoch-Sitzung des schlesischen Sejm wurde der Redakteur und Herausgeber des „Glos Garnizo Główki“ von einem in Zivil erschienenen Offizier des polnischen Heeres überfallen und in schwerer Weise mishandelt. Der Sejmarschall gab bei Beginn der Sitzung über diesen Vorfall Auskunft und sprach die Hoffnung aus, daß es der Wojewodschaft gelingen werde, die Täter zu ermitteln. Im Verlauf der Sitzung nahm der Wojewode Rymer das Wort und teilte u. a. mit, daß der Warschauer Ministerrat beschlossen habe, einzuwenden von der Einführung der polnischen Währung in Oberschlesien Abstand zu nehmen. Es sollen zunächst Erwägungen über die Bedürftigkeit angestellt werden. Weiter teilte der Wojewode mit, daß bisher alljährlich 400 Millionen Mark Zuschüsse zur Verbesserung der Lebensmittel in Ost-Oberschlesien zur Verwendung lägen. Die Milchversorgung für Oberschlesien ist durch ein neues Abkommen mit Deutschland sichergestellt worden, wonach aus dem deutschen Gebiet Oberschlesiens auch für die nächste Zeit noch täglich 18000 Liter Milch geliefert werden. Vertraglich ist Deutschland ab 1. Oktober nur zur Lieferung von 9000 Liter Milch täglich verpflichtet.

Generalstabschef Sikorski nach Warschau zurückgekehrt.

Warschau, 20. Oktober. (Pat.) Der Chef des Generalstabes, General Sikorski, ist am 10. d. M. aus dem Auslande zurückgekehrt. Er wurde von den Vertretern der Militärbehörden und vom Chef der französischen Mission in Polen, General Dupont, auf dem Bahnhofe empfangen. Der Generalstabschef erstattete in einer längeren Audienz dem Staatschef und in einer nachfolgenden Konferenz dem Kriegsminister Bericht über seine Reise. Am 21. d. M. wird General Sikorski eine Besprechung mit dem Außenminister haben und von Ministerpräsidenten Nowak empfangen werden.

Das Wahlresultat in Lettland.

Die „Riga Rundschau“ schreibt: Das bisher bekannt gewordene Resultat der Wahlen bedeutet nach vielen Seiten hin eine Überraschung. Vor allem muß die Wahlbeteiligung als eine ganz exorbitante bezeichnet werden und lädt jedenfalls erkennen, daß die Letten ein ganz außergewöhnlich politisch interessiertes Volk sind. Es ergibt sich, daß in den Städten die Sozialdemokratie nicht unwe sentlich zugenommen hat. Sehr auffallend ist der erhebliche Wahlsieg des demokratischen Zentrums,

das sich als eine ausgesprochen katholische Partei zu erkennen gibt. Während einerseits der Führer der Liste, Präsident Tschacke, als ein Mann des Ausgleichs und der Versöhnung gesehen kann, läßt die Kandidatur Kroders und die Unterstützung der „Sousafas Sinas“ doch die ernste Befürchtung entstehen, daß dort ein aggressiver Nationalismus großgezogen werden soll.

Die Minoritäten haben in Riga gut abgeschnitten und mit einem Drittel der Mandate mehr errungen als in den Stadtwahlen.

Über die Ergebnisse der Wahlen entnehmen wir der „Riga Rundschau“ noch folgende Einzelheiten: In Riga wurden insgesamt 147 687 Stimmen abgegeben, hieron entfielen auf die deutsch-baltische Liste 25 956, die linken Sozialdemokraten 40 247 und das demokratische Zentrum 30 883. In Mitau hat die deutsche Liste 20 999 Stimmen erhalten und steht somit an zweiter Stelle nach der Liste der linken Sozialdemokraten mit 4207 Stimmen. In Duben erhielten die Deutschen von 788 Stimmen 74, in Wolmar 116, in Wenden 259, in Lucken 240, in Friedeberg 44. In Libau sind insgesamt 31 570 Stimmen abgegeben worden, doch sind hier Einzelheiten noch nicht bekannt. Ebenso fehlen bisher authentische Nachrichten aus Lettland. Über die Wahlresultate auf dem Lande entnehmen wir der „Sergoja“ noch folgendes: Es erhielten Stimmen der Bauernbund resp. die linken Sozialdemokraten in Livland 16 290 resp. 17 998, in Kurland 2748 resp. 2834 und endlich Semgallen: 6211 resp. 5427. Die Zahl der für die übrigen Parteien abgegebenen Stimmen steht hinter diesen beiden Parteien sehr weit zurück.

Die Geistlichkeit und die Wahlen.

Der „Robotnik“ beschäftigt sich mit der Agitation der Geistlichkeit in der gegenwärtigen Wahlbewegung und schreibt u. a.:

„Der Papst hat zwar den Bischofen nahegelegt, sie möchten sich mehr um ihre Diözese kümmern als um die Politik und die Geistlichkeit sollte im allgemeinen nicht mit Gewalt ein Mandat zu erhaschen suchen. Ja, wir erinnern uns noch sehr gut daran, daß selbst der Geistliche Lutoslawski in einer seiner Sitzungen ankündigte, der neue Sejm werde keine so große Anzahl von Geistlichen Abgeordneten erleben wie der erste Sejm. Wir wissen aber auch, daß diese Geistlichen zur Verteidigung der Interessen der besitzenden Klassen auftraten, denen sie sehr große Vieh erweise. Weshalb soll man also jetzt, sondern vor den Wahlen auf eine so wichtige Hilfe verzichten, wo doch die Kirche und die Kanzel eine erstaunliche Rolle spielen können?“ Der Papst empfahl zwar volkstümliche Einheitsamkeit aber die polnischen Bischoße waren die ersten, die einen Wahlaufruf erliehen, in dem sie den Wählern und insbesondere den Wählerinnen direkt befahlen, für die Liste der Agitation zu stimmen. Und wenn wir weiter gehen, so sehen wir, daß entgegen den Mahnungen des Papstes und trotz der Versprechungen des Geistlichen Lutoslawski die Listen der Chajecina (Häre) ein buntes Gemisch von geistlichen Kandidaten aufstellen und daß an ihrer Spitze der Erzbischof Teodorowicz, Bischof Sapieha, die Geistlichen Lutoslawski, gleich

am Ende der Liste stehen. Weshalb soll man also jetzt, sondern vor den Wahlen auf eine so wichtige Hilfe verzichten, wo doch die Kirche und die Kanzel eine erstaunliche Rolle spielen können?“ Der Papst empfahl zwar volkstümliche Einheitsamkeit aber die polnischen Bischoße waren die ersten, die einen Wahlaufruf erliehen, in dem sie den Wählern und insbesondere den Wählerinnen direkt befahlen, für die Liste der Agitation zu stimmen. Und wenn wir weiter gehen, so sehen wir, daß entgegen den Mahnungen des Papstes und trotz der Versprechungen des Geistlichen Lutoslawski die Listen der Chajecina (Häre) ein buntes Gemisch von geistlichen Kandidaten aufstellen und daß an ihrer Spitze der Erzbischof Teodorowicz, Bischof Sapieha, die Geistlichen Lutoslawski, gleich

am Ende der Liste stehen.

Ganz auf allen Bezirkslisten des früheren preußischen Teilstaates figuren die Namen von Geistlichen. Die am meisten kämpferischen Firmen unter der Geistlichkeit stehen gleichfalls an der Spitze der Liste. Während der Geistliche Kaminski, der Patron der Banen, bestreit wird, die verschiedenen Feindlichen Parteien (auch auf der nationaldemokratischen Liste stehen Juden) im Westen der Republik mit der polnischen Gesellschaft nach ähnlichem Muster zu vereinen oder zu kooperieren, werden der armenische Erzbischof Teodorowicz und die Geistlichen Lutoslawski und Mociejewic, gleich

falls im Namen der christlichen Kirche, danach trachten, in den Ostmarken glühenden nationalen Hass und Zwieckau unter die dort lebende polnische, ruthenische, litauische, weißrussische und jüdische Bevölkerung zu säen. Aber sollte die Aufstellung der Kandidatur des Geistlichen Lutoslawski in Sianislau (Ostgalizien) außer der Prophezeitung eines ewigen Krieges zwischen der nationalen gemischten Bevölkerung im östlichen Teile unseres Vaterlandes noch einen anderen Zweck verfolgen?“

Lokales.

Riga, den 21. Oktober 1922.

Die Wahlbewegung des Minderheitensblocks.

Für Dienstag, den 17. Oktober, um 7 Uhr abends berief der jüdische Wahlausschuß in Brzynia eine große Wahlerversammlung ein. Der Festsaal war dicht besetzt. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitz des Wahlausschusses ergriff Herr Moses Hellmann das Wort. In einer längeren Rede in jüdischer Sprache erklärte er die Notwendigkeit des Minderheitensblocks und schilderte dessen Ziele. Redner stellte das Verhalten der Bündnispartei, Bölkow und der Arbeiterpartei, die sich dem Block nicht anschlossen haben und darum keinen Kandidaten durchzubringen merben. Die gut durchdachte Rede des Sejmabgeordneten Hellmann machte auf die Tageswesen großen Eindruck; davon legte der Starke Beifall, der dem Redner gesetzt wurde, Zeugnis ab. Die im Saale anwesenden Anhänger der jüdischen Arbeiterpartei, meist halbwüchsige, das Wahlrecht noch nicht besitzende Schneiderjungen, sahen wohl ein, daß ihre Gründe nicht schlüssig sind, und machten daher großen tumult, ließen keinen Redner mehr zu Worte kommen, schimpften, tobten und stellten durch dieses Verhalten sich selber ein sehr schlechtes Zeugnis aus. Viele Wähler, die ursprünglich für die jüdische Arbeiterpartei waren, schwärmten entzweit den Kopf und gingen zum Minderheitensblock über. Die Versammlung wurde um 10 Uhr geschlossen.

Vom Generalsekretariat des Deutschen Zentralwahlkomitees wird uns geschrieben:

Auf Grund des Art. 63 der Wahlordnung zum Sejm und Senat steht jeder Partei das Recht zu, an den Wahltagen Vertrauensmänner in die Wahllokale zu entsenden. Auch wir rufen von diesem Rechte Gebrauch machen, um uns vor eventuellen Missbräuchen zu schützen. Für jedes Wahllokal wird ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter ernannt, die bis Pflicht haben, den Wahlvorgang zu beaufsichtigen und bei eventuellen Missbräuchen unserer Liste und unserer Wähler einzutreten. Das Amt eines Vertrauensmannes ist ein Ehrenamt, daß jeder Deutsche geru auf sich nehmen müsse. Das Zentralwahlkomitee wendet sich daher an alle Volksgenossen mit dem dringenden Erfuchen, sich schon jetzt für das Amt eines Vertrauensmannes zu melden, da die Namen derselben der Bezirkswahlkommission angegeben werden müssen. Anmeldungen werden täglich von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends im Generalsekretariat (Rozwadowska 17) entgegengenommen.

Montags und Donnerstags jeder Woche finden im Obersten Gericht Sitzungen statt, die der Prüfung der Wahlangelegenheiten geweiht sind. Blasius sind 80 Akten eingelaufen, von denen mehrere bereits geprüft worden sind.

Der „Robotnik“ nimmt Anstoß an der Aufstellung der Kandidatur des Generals Haller für die Sejmawahlen durch den nationalen Block. Durch die Aufstellung dieser Kandidatur wolle die Nationaldemokratie ihre Parteienflüsse in der Armee stärken; denn bekanntlich besteht die Parteilosigkeit der Armee darin, die linken Einflüsse auszuhalten. Es handele sich bei der Nationaldemokratie nicht darum, durch General Haller einen Führer zu ge-



Szustowa

Zadajcie wszędzie!

winnen, sondern einzig darum, den reaktionären Teil der Armee Biß und gegenzuwerthellen. „Kurt Koran“ bezichtigt die Aufstellung der Kandidatur des Generals Haller auf die Liste der Nationaldemokratie als eine ungeheurende Offenbarung. Es sei unerhört, den Namen eines Generals der polnischen Armee, welcher von dem Landeschef die höchsten Auszeichnungen erhielt, mit dem Namen von gewöhnlichen Soldatenplatten auf eine gleiche Stufe zu stellen, die die Person des Landeschefs mit dem größten Schmutz bewerfen.

Der Kampf gegen den Alkohol.

Der „Montier Wohl“ veröffentlicht die Verordnung betreffend das Reglement für die Kommissionen zum Kampf gegen den Alkohol.

Auf Grund dieser Verordnung werden die Kommissionen zum Kampf mit dem Alkohol bei den Verwaltungsbüroden erster Instanz für die Kommissionen zum Kampf gegen den Alkohol.

Die Kommissionen zum Kampf mit dem Alkohol bei den Stadtoberen. Zum Beispiel dieser Kommissionen gehören: der Starost, der Kreisrat, ein Vertreter der Finanzbehörden, ernannt vom Direktor der Finanzkammer (Vorstande der Finanzdirektion), einem Vertreter des ausländischen Kreisgerichts, einem Vertreter der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt und zwei Vertretern öffentlicher Organisationen.

Wenn die Kreisstadt gleichzeitig auch einen selbständigen Kreis bildet, so enthebt sie in diese Kommission zwei Vertreter der Stadtoberen oder ordnet eine in den Grenzen eines Kreises befindliche Stadt, die einen selbständigen Kreis bildet, aber nicht Sitz der Administrationsbehörden erster Instanz ist, enthebt in die Kreiskommission gleichfalls einen Vertreter der Stadtverordnetenversammlung. Jedes Mitglied der Kommission muß einen von vornherein bestimmten Stellvertreter haben. Vorsitzender der Kommission ist von Amts wegen der Starost oder Stellvertreter des Starosten. Die Wahl der öffentlichen Organisationen, die ihre Vertreter in die Kreiskommission zu entsenden haben, liegt dem Minister für öffentliche Gesundheitspflege ob.

Die Zeitdauer der Mandate der Kommissionen, Mitglieder, die von den Selbstverwaltungen und öffentlichen Organisationen ernannt werden, ist auf drei Jahre festgesetzt.

Um rechtssäitige Beschlüsse der Kommission zu fassen, genügt die Anwesenheit von drei Mitgliedern darüber auch des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters.

Die Beschlüsse und Entscheidungen der Kommission werden durch gewöhnliche Stimmenmehrheit der auf der Sitzung anwesenden Mitglieder gefasst; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

„Ich verstehe nicht, was Sie meinen, Harpner, dieser liebenwürdige, harmlose Mensch? Und welchen Plan sollte er denn verfolgen?“

„Sie merken es nicht? Den, die Auffindung der Drewendtschen Erben unmöglich zu machen!“

„Unmöglich! Sagten Sie denn nicht, alle diesbezüglichen Schritte seien bisher völlig gehemt worden, und nicht einmal auf Wiesenthal wüßte jemand darum, außer dem alten Baron und seinen Geschwistern?“

„Jawohl. Aber das sind schon drei Personen! Und drei Personen sind für ein Geheimnis zu viel. Ungerechnet noch die, welche vielleicht heimlich etwas erlaubt haben. Seit ich weiß, daß die Erzieherin Schmidt mit Ihrer Kusine Andrea identisch ist, muß ich immer an die Worte des erschossenen Lauterbeck denken, der zu seiner Schwester sagte: „Ich trage unablässliche Schuld daran, daß man gegen Onkel David etwas Schändliches plant, darum muß ich alles tun, um die Aufführung zu verhindern!“

Gott weiß, durch welchen Zufall er etwas von seines Onkels Plänen erfuhr und wem er es gedankenlos weiterzählte! Aber nun denken Sie mal, wenn jemand darauf etwa den Plan gebracht hätte, eine falsche Erbin aufzutreten zu lassen? Wäre das etwa noch nie dagewesen? Und es handelt sich um viele Millionen! Dagegen zählen so ein paar aus dem Wege geräumte Menschen demjenigen doch nichts, der so etwas überhaupt übernimmt!“

„Welche Abgründe! Welche Abgründe!“ murmelte Losenstein und fuhr sich über die schweißbedeckte Stirn. „Und das sollte Harpner...?“

„Ich wußte wenigstens keinen anderen. Da gegen traue ich ihm ganz wohl zu, daß er die günstige Gelegenheit entzlossen ausnutzte, vielleicht sogar den Diebstahl selbst beging und Ihrer Kusine nachher vorschwindete, er sei ungeschenkt Zeuge davon gewesen, wie Sie den Kassenschein nahmen. Er soll damals mit den Kindern und deren Bonne Verstecken gespielt haben und kann dabei in das an das Kinderzimmer anstoßende Schlafzimmer gekommen sein.“

„Eines begreife ich trotzdem nicht. Angenommen selbst, Sie hätten mit all Ihren Vermutungen recht, warum würde er sich so viele Mühe gemacht haben, Andrea zu entfernen, anstatt sie einfach zu töten, wie jenen Lauterbeck? Sie mußte seinen Plänen ja noch viel mehr im Wege stehen.“

„Das erscheint Ihnen nicht klar? Denken Sie doch: wenn er Andrea tötete, würden die Zeitungen doch Berichte darüber bringen, und bei dieser Gelegenheit würde auch ihre Herkunft zur Sprache kommen. Wie leicht könnte man das auf Wiesental lösen, und wie sollte er dann dort mit einer falschen Erbin auftreten? Aber es gibt noch einen zweiten Grund. Wenn Ihre Kusine ihm im Wege stand, so hatte er sie andererseits vielleicht auch noch nötig. Die falsche Erbin konnte ja versagen, der ganze Plan durch irgend einen Zufall misslingen.“

Fortsetzung folgt.

Kommst Du spät in dem Büro,
Ne er längs da sowje —
Lust Du nicht mal zeitig gehn,
Läßt er sich vor eß nich sehn.
Fonslik. Jüberjörat: Ten Chej

Um das Erbe der Drewendts.

Roman aus der Gegenwart von F. Arnsfeld.

(33. Fortsetzung.)

„Um Gottes willen, Sie glauben doch nicht? Nein, nein, das wäre ja entsetzlich!“

„Ich glaube, daß Ihre Kusine den einzigen Ausweg darin sah — selbst für die Schuldige er gelten. Indem sie verschwand, erweckte sie den Anschein, aus Schuldbewußtsein geflohen zu sein undwich zugleich der Gefahr aus, im Falle einer Anzeige Zeugnis wider Sie ablegen zu müssen. Denn ich glaube nicht, daß sie bei allem Opfer, mut so weit gebracht hätte, unter Eid eine falsche Aussage zu machen. Und gesehen hatte sie zu doch — sie allein — wie Sie aus dem Zimmer kamen, in dem der Diebstahl begangen wurde. Das hätte sie unter Umständen angeben müssen. Soweit scheint mir alles verständlich. Aber nun verwirrt sich die Sache. So begreiflich es mir schien, daß sie ihrem ersten Impuls kopflos folgte, so merkwürdig erscheint mir nun das kalt überlegte, methodisch Sicher ihrer weiteren Handlungen. Wenn wir ein für allemal von der Annahme absehen, daß sie selbst den Diebstahl beging —“

„Schrecklich! Auch diese Möglichkeit zogen Sie in Betracht?“

„Man muß alle Möglichkeiten in Betracht ziehen. Aber nach dem, was ich jetzt weiß, halte ich diese Annahme eben für keine Möglichkeit mehr. Um so befremdender wirkte Andreas weiteres Verhalten. Sie ist nicht gleich, sondern erst nach zwei Tagen geflohen. Sie hat jede Aussprache mit Ihnen unterlassen, obwohl diese natürlich ja fast notwendig gewesen wäre. Sie hat sich gefälschte Papiere verschafft, was gar nicht zu ihrem sonstigen Charakter paßt, und obwohl keine Anzeige erfolgte, keinen Versuch mehr gemacht, sich mit Ihnen wieder in Verbindung zu setzen. Sie muß in Berlin als Fräulein Schmidt Zeugin des Mordes an Lauterbeck gewesen sein und hat es nicht unterlassen, eine Anzeige zu erlassen, sondern duldet es stillschweigend, daß ein Unschuldiger, der sie noch dazu liebt, fälschlich der Tat beschuldigt wurde; ja sie ist sogar alter Wahrnehmung nach freiwillig mit dem Mörder entflohen. All diese Dinge sind unverständlich, wenn man nicht annimmt, daß ein männlicher Wille dabei despotisch den ihren lenkte.“

„Aber wer sollte dies sein?“

„Frage Sie lieber, wer allein kann es sein? Doch nur jener Harpner, der bei Ihnen wohnte, der Zeuge der Entdeckung des Diebstahls war, dem Ihre Kusine volles Vertrauen schenkte; der einen weitgelegten Plan verfolgte und von hier verschwand, als er erreicht hatte, was er wollte: Ihre Kusine von Ihnen und Ihrer Mutter zu trennen und in seine Gewalt zu bringen!“

Losenstein sah den Sprecher verständnislos an.

Da mehrfach Uebertrittungen des Gesetzes vom 23. April 1922 über die Beschränkung des Verkaufs und Verbrauchs von Alkoholgetränken vorkamen und infolge der Verfügung der Kommission zum Kampf mit dem Alkohol vom 13. September 1. J. erließ der Lodzer Regierungskommissar folgende Verordnungen:

Personen, die die Erlaubnis zum Ausschank oder Verkauf von Alkoholgetränken besitzen, sind verpflichtet, im Beitraum, da der Verkauf von Alkohol verboten ist, alle Flaschen oder sonstigen Gefäße, in denen sich Alkohol befindet, in Schränke zu verschließen, um auf diese Weise den Zugang zu ihnen zu versperren. Unter dem Schrank dürfen keine Gefäße zurückgelassen werden, in denen sich Alkohol befindet. Zu widerhandelnde werden streng bestraft werden. (bip.)

Es wurden wieder 11 Personen zur Verantwortung gezogen, weil sie sich im trünenen Zustand auf der Straße zeigten. (bip.)

Vorschüsse für die Staatsbeamten. Der Ministeriat hat beschlossen, für die Staatsbeamten zur Belohnung der Ausgaben für die Einsorgung für den Winter Vorschüsse in der Höhe eines 2-Monatsgehalts für Unverheiratete und eines 3-Monatsgehalts für Verheiratete (laut Septembernorm) zu bewilligen. Die Rückersättigung dieser Vorschüsse geschieht in der Weise, daß ein Teil des Vorschusses in der Höhe eines Monatsgehalts in 6 monatlichen Raten ab 1. April 1923 vom Gehalte abgezogen wird; der restliche Betrag wird in 6, bzw. 12 Monatsraten ab 1. November abgezahlt werden.

Flugpostverkehr mit der Türkei. Das Post- und Telegraphenministerium macht bekannt, daß ab 5. Oktober zwischen Warschau und Konstantinopel der Flugpostverkehr aufgenommen werden soll. Der Abflug von Warschau erfolgt zweimal wöchentlich: Mittwoch und Sonnabend. Die Gebühren betragen das Viertelte des gewöhnlichen Postos.

Autoverkehr Lodz-Brzeziny. Zwei Automobile verkehren zweimal täglich von Brzeziny nach Lodz. Die Abfahrt erfolgt: in Brzeziny um 7 und 9 Uhr früh sowie um 1 und 4 Uhr nachmittags; aus Lodz gehen die Wagen ab: um 11 Uhr früh, 1 und 3 Uhr nachm. sowie um 8 Uhr abends. Der Fahrtelpreis beträgt 1000 M. außerdem 50 Mark Kommunalsteuer für die Person. (bip.)

Neue Kohlenpreise. 1 Tonne (20 Zentner) Kohle kostet gegenwärtig 4800—4600 Mark. In den nächsten Tagen ist eine Erhöhung der Preise zu erwarten; eine Tonne Kohle soll dann 6000 Mark kosten. Rechnen wir die Beförderungsosten hinzu, so kommt dann ein Zentner auf 350 Mark zu stehen.

Für Genußenschaften. Das Regierungskommissariat der Stadt Lodz macht bekannt, daß die Genossenschaften im Sinne der Erklärung des Wojewodschaftsamtes vom 21. September 1922 nicht verpflichtet sind, Bekanntmachungen im "Dziennik Urzędowy" zu veröffentlichen, da Art. 6, p. 10, beziehungswise Art. 10 des Gesetzes über die Genossenschaften diesem die Freiheit läßt, sich die Zeitschriften zu wählen, in denen die Bekanntmachungen erscheinen sollen. Der "Dz. Urz." eignet sich als einziges offizielles Organ der Wojewodschaft hierfür am besten. Es wird in dieser Hinsicht aber kein Zwang ausgeübt.

Bet der Krankenkasse. Eine Delegation zwecks rationeller ärztlicher Hilfe, und Anwendung der letzten Errungenschaften der Heilkunde gründet. Sie besteht aus 9 Mitgliedern. In ihrer Spitze steht der leitende Arzt oder dessen Vertreter. In die Delegation entstehen der Vorstand der Kasse 3 Mitglieder, während 5 aus der Mitte der Krankenklassenärzte gewählt werden. (bip.)

Wichtester. Das Wojewodschaftsamt hat die Starosten und den Regierungskommissar in Lodz angewiesen, im Sinne der neuen Verordnung des Landwirtschaftsministeriums mit der Einführung der Grundsteuer für Haushalte für das Jahr 1922 zu beginnen. Die Steuer beträgt für ein Pferd, Esel oder Maulschaf 300 M., für Rind 240 Mark, für Kübel, Schafe und Ziegen 100 M., für Schweine 200 M. Die Steuer muß spätestens bis zum 31. Dezember 1922 eingezogen werden. (bip.)

Nachlässigkeit im Dienst. Der Gefängniswärter Stanislaw Maltus, der den Sträfling Roman Grabowski zu beaufsichtigen hatte, fuhr mit demselben mit der Eisenbahn nach Lódz. Unterwegs gelang es dem Sträfling, zu fliehen. Maltus, der deshalb dem Gericht übergeben wurde, sagte aus, daß er vor Widerruf eingeschüchtert sei und als er wieder erwachte, sei der Sträfling verschwunden gewesen. Maltus wurde mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. (bip.)

Bankeneinbruch. Gestern um fünf Uhr morgens wurde in der Lodzer Deutschen Genossenschaftsbank ein Kasseneinbruch festgestellt. Diebe waren nachts in das Kabinett des Direktors eingedrungen, in dem sich ein feuer sicherer Kassenschrank befindet, und hatten mit Hilfe feinster Einbrecherwerkzeuge in den Panzer des Schranks eine Öffnung gebrochen, durch welche sie den Inhalt, der aus 37,000 Reichsmark und 150,000 Polenmark bestand, an sich nehmen konnten.

Ein Lodzer Stützenbild. Eine gewisse Anna Lewa, wohnhaft Garzewska 5, meldete der Polizei, daß ihre 7jährige Tochter Alfreda und die 8jährige Tochter ihrer Nachbarin Maria Gensela von dem in demselben Hause wohnhaften Herrn Geliuski vergewaltigt wurden. (bip.)

Ein schöner Haussfreund. Ein gewisser Josef Koprowski, wohnhaft Rotnicka Straße 10, überreichte vor einigen Wochen die Gattin des Josef Kuchariki, mit ihm zu verfeiern. Nach einiger Zeit kehrte er heimlich zurück, und versteckte in ihrer Wohnung einen Diebstahl. Vorgestern begegnete der Bestohlene dem Koprowski auf der Straße und ließ ihn verhaften. (bip.)

Unsere Autoleute. Auf der Bzierska-Straße wurde ein gewisser Szmul Wiss, wohnhaft Drewnowska 16, vom Auto der Firma Brodzisz in Bzierska überfahren, wobei er allgemeine Körperverletzung erlitt. Die erste Hilfe erzielte ihm der Arzt der Rettungsbereitschaft. Dasselbe Auto fuhr später auf der Bzierska-Straße noch an einen Wagen der Elektrischen an. — Das Auto der Firma "Bielord", geführt vom Chauffeur Krawczyk, fuhr auf dem "Plac Wolnosci" einen Wagen der Elektrischen an, wobei in letztem die Fensterscheiben zerschlagen wurden. (bip.)

Diebstahl von Kirchengeräten zu Et. Trinitatis. Vorgestern morgen entwendeten blauer unermeidliche Diebe aus der Kirchengeräte der Et. Trinitatisgemeinde zwei Talare des Pastors Hadrian und aus einem Schrank die bestreuen Abendmahlsgläser, die sich in einer Lederkasse befanden. Der Wert des Geflohenden beträgt 1½ Millionen Mark, der Talar 250 000 M.

Diebstähle. Vorgestern nachts brachten in die Bandfabrik von Emanuel Szlamowicz, Poludniowa 34, Diebe einen raubten Bauer und einen im Werte von 7 Millionen M. Die Diebe wurden jedoch gestoppt. Auf der Kamienjaz bemerkte der wachhabende Polizist eine beladene Tasche, die ihm verdächtig erschien. Er hielt sie an und brachte sie samt dem verdächtigen Fabrikar Elias Bortnowski, nach dem Kommissariat, wo der Verhaftete in einem Kreuzverhör den Diebstahl bei Szlamowicz eingestand. (bip.) — Mit Hilfe eines nachgemachten Schlüssels gelangten Diebe in das Lebgericht des Sojaza Schlesischen, wo sie Leder im Werte von 600 000 Mark stahlten. — Einem gewissen Antoni Szopek, wohnhaft Bielawa 1, wurden Waren im Werte von 400 000 M. gestohlen. — Aus dem Münzalarmareal gestohlen bei Bernhardi Wassermann, Gogoliana 38, wurden 18 Stück Ware im Werte von 3 Millionen M. entwendet. (bip.) — Dem Michael Kleinerman aus Aleksandrow wurde in der Elektrischen die Kriegsliste aus der Tasche gezogen, in der sich 4 Wechsler und eine Bankanleihe auf 2,00 M. befanden. (bip.)

In der Grodziaischen Fabrik (Targowa 46) wurde die Arbeiterin Maria Anna Szwarczyk bestohlen, die Ware aus der Fabrik hinauszuholen versuchte. (bip.)

Lotto für die Kriegsverletzten.

(Ohne Gewähr)

Giebenerziehungslag.

500 000 M. auf Nr. 440948.
50 000 M. auf Nr. Nr. 94840 295374.
25 000 M. auf Nr. Nr. 250925 370563 370181.
20 000 M. auf Nr. Nr. 19118 141521 214876
216236 4+2746.
10 000 M. auf Nr. Nr. 2019 118527 127792
131443 181556 185210.

Spende.

Uns ist nachstehende Spende zur Weitergabe übermittelt worden, für die wir den Spendern im Namen der Bedachten herzlich danken.

Für das Haus der Natur im Herzigeit: 5635 M. gesammelt in der Schulgemeinde Juszkow am Einlaufenfest. Mit dem bisherigen 83 035 M.

Kunst und Wissen.

Eine Ehrengabe des Kunstmalers Minkowski. Wie bereits gemeldet, findet am heutigen Sonnabend um 8.30 abends in der Bilderausstellung von Maurycy Minkowski ein Ehrenabend des Kunstmalers statt. An diesem Abend wird Professor Bromberg-Minkowski über das Thema: "Minkowski in der Kunst" referieren. Nach der Vorlesung werden Begrüßungen des Kunstmalers durch verschiedene kulturelle, literarische und künstlerische Organisationen folgen. Am Abschluß der Ausstellung von Maurycy Minkowski ein Ehrenabend des Kunstmalers statt. Alle diejenigen Institutionen sowie auch persönliche Vereine des Kunstmalers, die an diesem Abend teilnehmen möchten, werden erzählt, sich bis heute 4 Uhr nachmittags im Sekretariat der Ausstellung, Krupa 1, zu melden. Zu Ankreis der Tatsache, daß der berühmte Kunstmaler in Lódz eine zahlreiche Gemeinde besitzt, steht zu erwarten, daß der Abend in allen Säcken wohl gelingen wird, so daß der Kunstmaler den besten Eindruck von Lódz davontragen wird.

Eine Lodzer Dich erin in Berlin. Vor einiger Zeit versprachen wir in unserer "Neuen Schrift" das Gedichtbuch "Zwischen dem Abend und dem Morgenrot", das ein Gedichtwerk einer Lodzerin namens Rachel Lipstein ist. Unser Urteil über die junge Dichterin ist dieser Tage in Berlin bestätigt worden. Rachel Lipstein wurde in der deutschen Reichshauptstadt vom Verlag Leon Hirsh dem Berliner Publikum vorgestellt und fand warme Aufnahme. Das "Berliner Tageblatt" urteilt wie folgt über die junge Dichterin: Rachel Lipstein, mit der Eleganz der Sinnlichkeit des Orientalen, schreibt zu jedem Menschen zu gehören, denen das Dichten zu leicht wird (ein so feiner Fall). Verse prömen ungemein flüssig und überzeugig in die Feder. Rachel hat der "Prinz von Theben" beigebracht. Es wäre schön, wenn sie erst die Literatur vergriffe — und dann die Welt in sich erlebte. Doch sie ist begabt, allzu begabt.

Wittenberger Reformationsfestspiele. Namhafte Persönlichkeiten der evangelischen Kirche haben vor einigen Monaten die "Wittenberger Vereinigung für vollständige Reformationsfestspiele" gegründet, die in Abständen von 2 Jahren zur Zeit des Reformationsfestes Reformations- und Lutherstücke aufführen will. Die Wittenberger Festspiele sollen für die evangelische Welt allmählich das werden, was für die Katholiken die Passionsspiele in Oberammergau sind. Die diesjährigen ersten Festspiele galten der Erinnerung an die Schöpfung der Septemberbibel, die vor 400 Jahren dem deutlichen Volk gelehrt wurde. Zu dem Eröffnungsabend waren neben den Bewohnern Wittenbergs Besucher in großen Mengen aus Berlin, Halle, Leipzig und der engeren Umgebung der Lutherstadt gekommen. Das Festspiel "Das Wort sie sollen lassen stehen" vor dem Wittenberger Pastor W. A. Sievers ist ein groß angelegtes Kunstwerk, das sich ausgezeichnet als Passionsspiel großen Stils eignet, ohne stile religiöse Verleitung vermischen zu lassen. Ein Überblick über die Geschichte des Christentums und gleichzeitig eine macratische Huldigung für Luther. Sievers schafft Verbindungen von Geschichte, Kulturgeschichte und Religion; er malt mit großen Strichen und verläßt trotz allen Schwungs nicht den Boden der Wirklichkeit. Die Aufführung gelang überzeugend gut; die wuchtigen Passionsszenen, mit Hunderten von Wittenberger Bürgern als Darstellern, die Dialoge, die Chorale, die Komödie, die Bühneneinrichtung; man sah ein groß angelegtes Werk, das auch spirituell wertvoll ist.

"spielle" gegründet, die in Abständen von 2 Jahren zur Zeit des Reformationsfestes Reformations- und Lutherstücke aufführen will. Die Wittenberger Festspiele sollen für die evangelische Welt allmählich das werden, was für die Katholiken die Passionsspiele in Oberammergau sind. Die diesjährigen ersten Festspiele galten der Erinnerung an die Schöpfung der Septemberbibel, die vor 400 Jahren

und sie das Geld nicht abnehmen können, weil die Bank noch keine entsprechenden Anweisungen erhalten hätte. Drei mittelalte Herren laufen den Frau den Schech ab. Als sie nach einiger Zeit in der Bank erschienen, um ihr Geld abzuholen, erklärten ihnen die Beamten, daß der Schech gestohlen sei. Der Schech wurde zurückbehalten.

Przedeez. Neuer Pastor. Der Pastor Rüdert, der Verwalter des Kirchspiels in Gombin, wurde einstimmig zum Pastor des Kirchspiels Przedeez gewählt.

Sosnowice. Von der evangelischen Gemeinde. Das Kirchspiel in Sosnowice wurde mit dem Termin bis zum 5. November für vacant erklärt. Das Monatsgehalt des Pastors beträgt 280 000 Mark. Wohnung, Licht und Feuerung sind frei.

Kratau. Der Kratauer Zeitungsfest dauernd fort. In Kratau haben die Verhandlungen zwischen Druckerbetrieben und Sechern zu einem Ergebnis geführt. Der Streit dauert also ununterbrochen weiter fort. Am Montag ist die erste Nummer einer gemeinsamen Notzeitung "Wiadomości Kratowskie" erschienen, die von sämtlichen Verlagen gemeinsam hergestellt wird. Die Redaktions-Gesellschaften wurden an den Segmashausen ausgebildet, um die Sechern überflüssig zu machen.

Kielce. Verhaftung von Kommunisten. In Kielce wurden in der Nacht vom Montag und Dienstag mehrere hervorragende Kommunisten verhaftet, darunter der Führer des kommunistischen Wahlkreises Anton Sowa und sein Sekretär Zygmunt Bartold. Bei beiden Verhafteten wurde eine Anzahl von Dokumenten gefunden, die ihre zum Kämpfen beweisen sollen.

Kamien. Die evangelische Kirche in Kamien bei Czermno wurde während des Krieges völlig zerstört. Vom der Energie Pastor Bergmann und der Hilfe der Staatsbehörden, die die Kosten auf sich nahmen, ist der Neubau fast vollendet. Noch vor Beginn des Winters wird die Kirche geweiht werden, sodaß im Sommer dort Gottesdienst wird gehalten werden können.

Lublin. Eisenbahnkatastrophe. Gestern um 12 Uhr mittags fuhr ein Zug der von Grodno aus nach Warschau unterwegs war, auf der Station Jasłogomb bei Lublin in einen daselbst liegenden Güterzug hinein. Mehrere Wagen dieser Züge wurden zertrümmt, der Schaffner des Gepäckwagens gestorben, 5 Personen schwer und mehrere leicht verletzt. Die Ursache der Katastrophe ist noch festgestellt worden. Aus Lublin wurde sofort ein Zugzug zu Letzten an den Ort des Unfalls gesandt.

Grodenz. Eisenbahnnunglück. Am Dienstag, früh 5 Uhr, stieg auf dem Bahnhof Jasłogomb der von Jaslo kommende Zugzug mit ausfliegern der Graudenzier Offizierskapitäne sowie mit einem gerade in die Station eingekommenen Güterzug zusammen. Die Ursache ist darin zu suchen, daß infolge falscher Weichenstellung eine Lokomotivmaschine zwischen die beiden Züge eingerastet war. Es sind 85 Fahrgäste der Offizierskapitäne verlegt, darunter 8 schwer. Der Zugführer ist tödlich verwundet worden.

Legte Anklage.

Englische Pressestimmen zum Rücktritt Edward George.

Berlin. 20. Oktober. (Pat.) "Daily News" schreibt, daß man den Sturz des Kanzlers mit einem Gefühl der Erleichterung begrüßen müsse. Die Koalitionsregierung habe aufgezögert zu bestehen und mit ihr die Koalition. Ein Abschluß der Sowjetunion, von dem England soviel zu leben hätte, habe kein Ende gefunden.

"Daily Express" schreibt im Bericht, daß England sich jetzt zusammenfaßt. Ganz Europa werde eine Einerlichkeit verstreben. Eine kooperative Regierung komme an's Blüten, die den innen und außenpolitischen Frieden wiederherstellen müsse, bejubeln möchte mit der Türkei Frieden geschlossen und die englischen Truppen aus dem Osten zurückgezogen werden.

Der tschechoslowakische Staatshaushalt.

Prag, 20. Oktober. (Pat.) "Narodni Listy" berichten, daß der Staatshaushaltspian für das Jahr 1923 an ordentlichen Ausgaben 30,6 Milliarden und an außerordentlichen 6,75 Milliarden aufweise. Die ordentlichen Einnahmen betragen 17,98 Milliarden und die außerordentlichen 650 Millionen tschechische Kronen.

Garische Freischaren gegen die faschistischen.

Wien, 20. Oktober. (A. W.) Die südosteuropäischen Organisationen haben im Einvernehmen mit serbischen Freischaren (Komitat) beschlossen, an die Mobilisierung aller südosteuropäischen Nationalisten heranzutreten. Im Laufe von 24 Stunden sollen sich alle betroffenen Organisationen einzufinden. Die Durchsetzung wird serbische Freischaren-Gebiete übernehmen. Die gegen die italienischen faschistischen aufstrebenden Abteilungen erhalten Uniformen der Freischaren und schwarze Fahnen mit Totenkopf.

Kurze telegraphische Meldungen.

Der französische Senat hat einen Antrag angenommen, laut welchem der 11. November, der Jahrestag des Abschlusses des Waffenstillstands-

